

Plön 2035

**sozial * wirtschaftsstark * klimaverträglich
durch sozialen und kulturellen Wandel**

Nr. 7

Aug. 2022



**Konturen einer Roadmap
zur Klimaneutralität bis 2035**

SOZIALÖKOLOGISCHES BÜNDNIS PLÖN EV

Inhaltsverzeichnis

Das ist anders als früher: Die Klimaerhitzung ist sichtbar geworden	2
Reiche verursachen die Klimaschäden, die Armen bezahlen die Rechnung	4
Wir alle fahren auf dem Highway to Hell in die Zukunft	6
Konturen einer demokratischen Nachhaltigkeitsrevolution	7
Global denken, lokal handeln: Konstanz ist für Plön ein Vorbild	10
Der Vergleich mit Konstanz weckt Zweifel: Wie seriös ist das Plöner Klimaschutzkonzept?	12
Quellennachweis	15

Das ist anders als früher: Die Klimaerhitzung ist sichtbar geworden



Hamburg-Neuwiedenthal, 20.7.22. Die DWD-Messstelle zeigt 40,1°C im Schatten. London meldet bisher nie erreichte 43°C und acht Brände im Stadtgebiet. Möglicherweise hat die Sonne mittels Glasflaschen, die achtlos weggeworfen wurden, die staubtrockenen Rasenflächen vor den Häuserzeilen entzündet.

Europas Süden stöhnt über Rekordtemperaturen und eine wochenlange Hitze. Waldbrände zerstörten 2022 in West- und Mitteleuropa bisher eine Gesamtfläche von der doppelten Größe des Saarlands. Norditaliens Lebensader, der Po, ist ein kümmerliches Rinnsal. Alle AKW entlang der Rhone sind abgeschaltet. Portugal meldet 1063 Hitzetote binnen dreier Juliwochen. Auch in Deutschland übersteigt die Zahl der an Hitze Gestorbenen – chronisch Kranke und Coronageschwächte, Alte, Schwangere und Kleinkinder - die Zahl der Verkehrstoten. Ab 30°C Umgebungstemperatur gerät der menschliche Organismus ins Schlingern.

„Wird es uns zu warm, dann schwitzen wir. Das Blut wird unter die Hautoberfläche geleitet, kühlt sich ab und fließt zurück ins Innere. Diese Notkühlung verbraucht viel Wasser. Bleibt es aus, z.B. indem wir nicht hinreichend trinken, wird das Blut dick, das Gehirn nicht mehr richtig durchblutet. Irgendwann versagen die Nieren, sie können den Körper nicht mehr entgiften. Auch dann stirbt der Mensch“ („Plön 2035“ Nr.4, S.7. Siehe unsre Website: <https://sozialoekologisches-buendnis-ploen.de>).

Ab 37° Außentemperatur geraten wir in Hitzestress. Es drohen Zellschädigung, Organversagen und Hitzschlag. Bei 42° Körpertemperatur endet jedes Menschenleben. Tiere und Pflanzen leiden auf vergleichbare Weise. Bäume verbrauchen während Hitzewellen mehr Wasser, um sich zu kühlen. Erreichen Baumwurzeln das Grundwasser dürrebedingt nicht mehr, führt Hitze zu großem Baumsterben.

„Extremsommer dieser Art werden sich ab Mitte des Jahrhunderts häufen. Klimaforscher erwarten für Berlin und Hannover um 2050 das heutige Klima von Toulouse.

Das könnte zur Chance für den Luftkurort Plön werden – im Schatten von Buchen und Eichen lässt es sich gut aushalten, der kühle See lädt zum Baden. Hält dieses schöne Bild der Wirklichkeit stand? Werden Buchen die jahrelange Dürre überleben? Kann man in Blaualgengewässern baden? Wie steht es um den Schutz vor aufkommenden Tropenkrankheiten wie Malaria und Dengue-Fieber?“ („Plön 2035“ Nr.4, S.7).

Wir reden von Wetterphänomenen. Klima ist der Durchschnitt aller Wetterereignisse während eines Zeitraums von 30 Jahren. Seit 1881 zeichnet der Deutsche Wetterdienst (DWD) alle Wetterdaten systematisch auf. Betrug die Durchschnittstemperatur in der Basisperiode 1881-1910 in Deutschland noch 7,8°C, so lagen neun der zehn wärmsten Jahre seit Aufzeichnungsbeginn im 21. Jahrhundert, davon sieben in den letzten acht Jahren. Alle sieben waren 10 - 10,45°C warm.

„Wärmere Luft kann mehr Wasser aufnehmen. Pro Grad zusätzlich speichert die Luft sieben Prozent mehr Wasserdampf. Regenwolken könnten im Jahr 2050 bis zu 7% mehr Wasser als heute transportieren. (...)

So gingen am 5. Juni 2021 über Dillingen in Bayern 99,6 l/qm nieder. Das Niederschlagssoll im Juni beträgt 85 Liter pro Quadratmeter. Wenn 50 Kubikmeter Wasser ungebremst einen Abhang von zehn Metern hinabstürzen, hat dies dieselbe Wirkung wie ein 20 Tonnen schwerer Lastwagen, der mit 80 km/h in ein Haus kracht. Wir alle haben Bilder von ähnlichen Ereignissen im Kopf, z.B. von Braunsbach bei Schwäbisch Hall, wo die Kanalisation zu eng für die Wassermassen war, diese wie ein reißender Bach durch den Ort schossen, dabei etliche Häuser zerstörten und viele Autos mitrissen.“

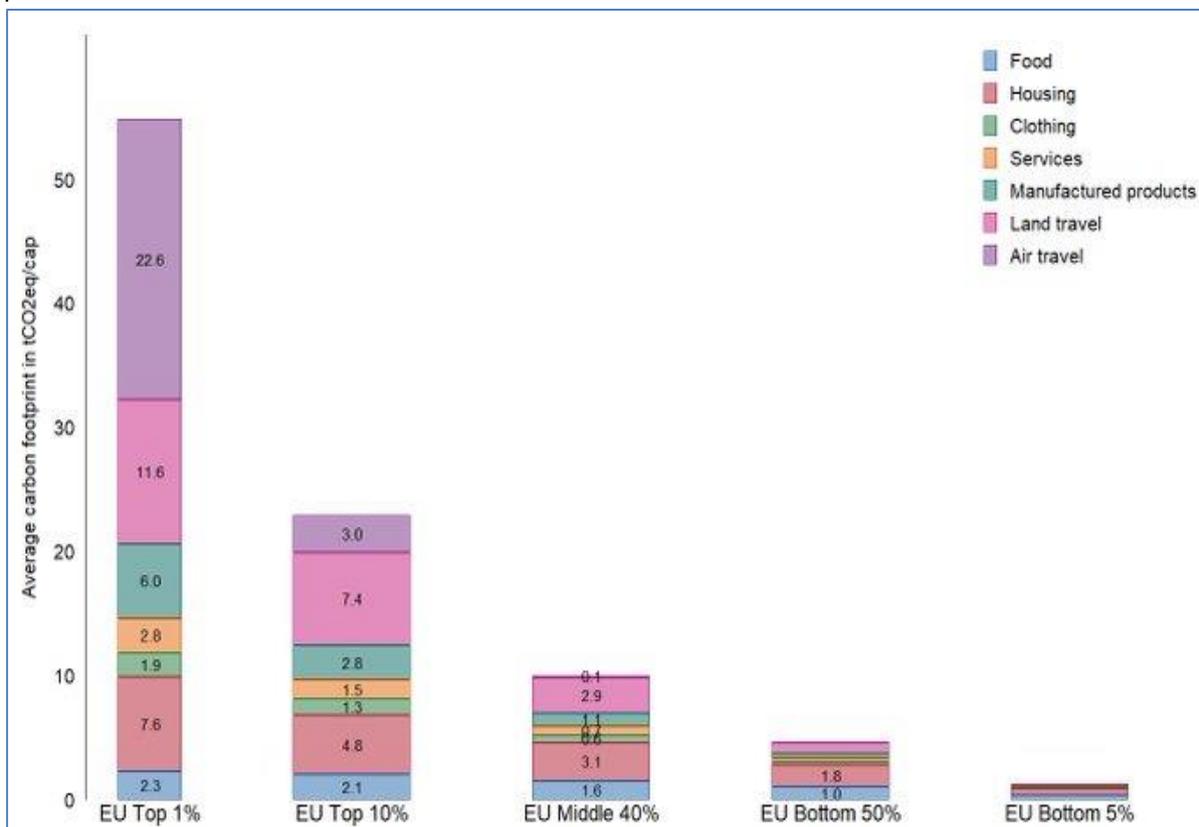
Das schrieben wir Mitte Juni 2021 (Nr.4, S.8), nachzulesen auf unsrer Website. Vier Wochen später riss die Flut an Ahr und Erft 183 Menschen in den Tod. Die meisten hätten gerettet werden können, wären die zuständigen Politiker und Behörden vorbereitet gewesen und hätten rechtzeitig gewarnt. Sie hatten (aus Unkenntnis?) alle akuten Meldungen der Meteorologen schlicht ignoriert.

2005 beauftragte Großbritanniens Regierungschef Tony Blair den einstigen Weltbank-Chefökonom Nicholas Stern mit einer Studie über die ökonomischen Schäden der globalen Erwärmung. Der 650 Seiten starke Stern-Report war deutlich: Wenn wir nicht handeln, ist mit globalen Umweltschäden bis 5% des Welt-BIP pro Jahr zu rechnen. – 2022 publizierte das von der Ampel beauftragte Prognose-Institut eine aktuelle Studie für Deutschland: Hitze, Dürre, Überschwemmungen, Tornados, Verluste an Wäldern und landwirtschaftlichen Erträgen, Gesundheitsbelastungen und hitzebedingte Produktionsausfälle in Industrie und Gewerbe kosteten die Volkswirtschaft seit Jahrhundertbeginn im Jahresdurchschnitt 6,6 Mrd. €. Für den Zeitraum 2018-2021 ermittelte das Institut Schäden von deutlich über 80 Mrd. Euro. Davon entfielen 34,9 Mrd. auf die Hitzesommer 2018 und 2019, 40,5 Mrd. auf die Sturzflut im Juli 2021. Weitere Tornados, Hagel- und Waldschäden steigerten die genannten 80 Mrd. € deutlich (1) – pro Jahr sind es schon mehr als 20 Milliarden Euro! Wer aber wird dafür zur Kasse gebeten?

Reiche verursachen die Klimaschäden, die Armen bezahlen die Rechnung

Obwohl wissenschaftlich belegt wurde, dass der Klimawandel menschengemacht ist, wird nicht nach den Anteilen der relevanten Bevölkerungsgruppen an der Verursachung der Schäden differenziert. Die von „Qualitätsmedien“ beeinflusste öffentliche Meinung hält Extremwetterereignisse entweder für „höhere Gewalt“ oder sieht „alle Glieder der Gesellschaft gleichermaßen“ verantwortlich. Dem kritischeren Betrachter offenbart sich jedoch auch beim Klima die soziale Frage mitsamt den dahinter verborgenen Machtverhältnissen: Hinter der Klimaerhitzung lauert ein Wiederaufleben der sozialen Kämpfe.

Dr. Diana Ivanova (Uni Leeds) und Prof. Richard Wood (Uni Trondheim) untersuchten 26 EU-Länder (inkl. GB, ohne NL und A) auf die Treibhausgas-Anteile der Haushalte, gegliedert nach Einkommen und THG-Anteilen ihrer spezifischen Verbrauchsmuster: Essen und Trinken, Energie im Haushalt inkl. Wärmeversorgung, Kleidung, Serviceleistungen, Industriegüter, Verkehr an Land und in der Luft (2).



Während der durchschnittliche Pro-Kopf-THG-Ausstoß in der EU 8,6 t beträgt, emittieren die Reichsten, die „Top 1%“, pro Kopf und Jahr 55 Tonnen, wobei die Schwächsten, die „Bottom 5%“, nur für 2,5 Tonnen verantwortlich sind und damit im Zielsektor jeder klimaneutralen Gesellschaft liegen. Die Top 1% emittieren das Zweiundzwanzigfache der Bottom 5%! Im Detail zeigt sich, dass der THG-Ausstoß der Reichsten durch Luxuskonsum zustande kommt: Flugferntreisen (22,6t), mehrere spritschluckende SUVs und Sportwagen im Haushalt (11,6t), hochwertige Industrieprodukte (6 t) und Kleidung (1,9 t), Dienstleistungen (2,8 t), übergroße erdöl- oder erdgasbeheizte Wohnungen (7,8 t) und Rindfleischkonsum (2,3 t).

Wohlhabende haben zwar das höchste Umweltbewusstsein, aber ...

... trotzdem haben sie den größten ökologischen Fußabdruck. Das Umweltbundesamt nennt sie „klimabesorgte Umweltsünder“. Sie sind vermögend, gebildet und leisten sich teure Bio-Produkte. Entgegen seiner Einsicht fliegt der Universitätsprofessor mit Frau und Kindern über Ostern auf die Malediven, sie verbringen die Sommerferien auf Bali und gönnen sich weiteren Luxus. Dank einer starken Lobby unterliegen Fernflüge weltweit weder der Kerosin- noch einer Mehrwertsteuer.

CO₂-Steuer und Gasumlage sind Ausbeutungsinstrumente der Reichen.

Union, SPD, FDP und Grüne sehen in einer progressiv anwachsenden CO₂-Steuer ein besonders wirksames Mittel zur Eindämmung der Treibhausgase. Ihr Argument: Wenn klimaschädliches Produzieren und Konsumieren teurer wird, werden die Betroffenen (Industrie und Verbraucher) qua Eigeninteresse ihren THG-Ausstoß senken. Denn der Markt regelt angeblich alles. Auch die von der Ampel verkündete Gasumlage von 2,419 Ct/kWh als Folge eines verfehlten North Stream II-Embargos führt Bürgergelder als „Notopfer“ den Konzernen zu.

Jener CO₂-Steuersatz, der alle durch Treibhausgase verursachten Umweltschäden kompensieren könnte, liegt bei 195 €/t. Dadurch würde sich ein Langstreckenflug von Frankfurt/Main nach Auckland auf zweitausend Euro verteuern. Zwar ist des Öfteren von einem „sozialen Ausgleich“ nach dem Vorbild der Schweiz die Rede, wo zwei Drittel der Mehreinnahmen des Fiskus zu gleichen Anteilen an alle Bürger rückverteilt werden, doch in Deutschland findet selbiges nicht statt. Dennoch steigt auch in der Schweiz der CO₂-Ausstoß. Woran liegt das?

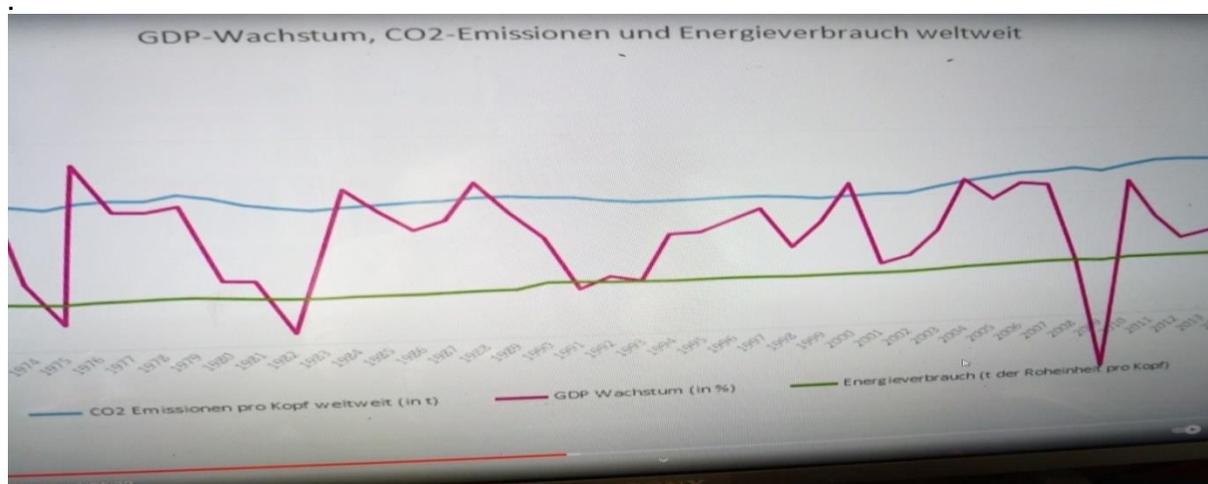
Die deutsche Oligarchie, die Klattens, Porsches, Quandts, Piëchs und Schaefflers werden nicht sparen. Wer über Geld verfügt, wird trotz hoher Flugpreise seine Ferien auf Bali verbringen. Wer über genügend Geld verfügt, kann Verschmutzungsrechte und damit eine eigene Lizenz zur Umweltverschmutzung kaufen. Vor allem dank des Marktfetischismus der FDP. Den Armen ist das verwehrt. Folglich bezahlen sie – in Relation zu ihren Einkommen – die Umweltsünden der Reichen.

Rechte Parteien leugnen die Klimakrise und werden von Armen gewählt.

Frankreichs Präsident Macron wollte die Energiewende durch eine Erhöhung der Kraftstoffsteuer finanzieren. Das stieß auf heftigen Widerstand: „Die Reichen reden über das Ende der Welt, wir haben Angst vor dem Monatsende“, skandierten viele Gelbwesten. 67% der Arbeiter votierten 2022 für Le Pen. Auch der US-Expräsident Trump und Brasiliens amtierender Präsident Bolsonaro inszenieren sich als Sachwalter der kleinen Leute. In Europa stimmen AfD, FPÖ, die britische UKIP und weitere rechte Parteien gegen fast alle Klimaschutzgesetze. Ihre Anhänger erklären Klimaschutz zur „Ökodiktatur“. In Anlehnung an die Übervölkerungstheorie des englischen Ökonomeprofessors Thomas R. Malthus wird Hass gegen Klima- und weitere Flüchtlinge gesät, weil angeblich „das Boot voll“ sei und „unsre“ Gesellschaft die Zuwanderer nicht mehr ernähren könne. Angesichts des im Profitinteresse bewusst verknappten Angebots an bezahlbaren Wohnungen und der Konkurrenz um das verknappte Arbeitsplatzangebot im Niedriglohnsektor gehen viele Arme der Hasspropaganda rechter Parteien auf den Leim. Dass AfD & Co überhaupt keine Lösung für die Klimakatastrophe haben, unter der die Armen besonders leiden, bleibt den Betroffenen dank einer mangelhaften Aufklärung und Bildung verborgen.

Wir alle fahren auf dem Highway to Hell in die Zukunft

Stellen wir uns die Weltwirtschaft als eine Straße vor, deren Randmarkierungen den globalen Pro-Kopf-Verbrauch von Kohle, Erdöl und Erdgas und die CO₂-Emissionen anzeigen. Es ist ein Highway, auf dem sich das globale BIP im Zickzack seiner jährlichen Zuwachsraten in Richtung Zukunft bewegt – mal als Plus (z.B. von 2% auf 4%), mal als Minus (von 4% auf 2%). Energiebedarf und Emissionen wachsen mit. Der Highway führt laut Weltklimarat (IPCC) zu einer globalen Klimaerhitzung von 2,7°C am Jahrhundertende (über Festland-Europa sind es mehr) - zu einem verbrannten Planeten, auf dem menschliches Leben bis zur Unkenntlichkeit verelendet, sofern es noch existiert. Nur während tiefer Krisen, wie wir sie 1975 (Ölkrise), 1982 (Schuldenkrise des globalen Südens), 2009 (Weltwirtschaftskrise 2.0) und 2020 (Corona) erlebten, gingen die Daten signifikant zurück, um schon im Folgejahr mit dem nächsten kapitalistischen Aufschwung das Vorkrisenniveau zu überschreiten. Angesichts der noch immer nicht überwundenen Coronakrise und des Ukrainekriegs steht uns der nächste tiefe Einschnitt bevor.



Klaus Dörre spricht von einer ökologisch-ökonomischen Zangenkrise. Das wichtigste Mittel zur Befriedung der sozialen Konflikte, das Wirtschaftswachstum, funktioniert im heutigen Fossilkapitalismus nicht mehr. Wachstum erfordert im Fossilkapitalismus einen höheren Verbrauch fossiler Brennstoffe, es treibt die Klimaerhitzung voran. Kapitalistische Unternehmen überleben den Konkurrenzkampf nur dann, wenn sie investieren und ihre Gewinne re-investieren. Das steigert den Ressourcenverbrauch. Unendliches Wachstum ist jedoch auf einem endlichen Planeten nicht möglich. – Kein BIP-Wachstum bedeutet wachsende Arbeitslosigkeit, Armut, Ungleichheit und prekäre Beschäftigung bis hinein in den informellen Sektor (z.B. Schwarzarbeit von Akademikern im Taxigewerbe). Während einer Rezession verbessern sich zwar die ökologischen Daten, doch es ist ein *degrowth by disaster*. Hunger, Erkrankungen, Bildungsprobleme. Die Ängste der Armen bieten rechten Parteien, aber auch „Falken“ im liberalen Lager wie z.B. Joseph Biden gute Wahlchancen. Durch eine aggressive Außenpolitik, etwa als Sicherung der im Ausland liegenden Ressourcen durch das eigene Militär getarnt, kanalisieren sie die sozialen Konflikte. Aus sozialer Ungleichheit und ökologischen Katastrophen entfaltet sich auf dem Highway to Hell ein zwischenstaatliches Aggressionspotenzial, das wie jetzt in der Ukraine zu Kriegen eskalieren kann und die sozialökologische Transformation weltweit zurückwirft. (Näheres enthält unser Flyer vom 10.6. Wir verteilten ihn auf der Jahreshauptversammlung des „Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein“; er ist über unsre Website abrufbar.)

Konturen einer demokratischen Nachhaltigkeitsrevolution

Paris, 11. Juni 2022. Die erste Runde der Wahlen zur Nationalversammlung brachte dem neoliberalen Bündnis ENS von Präsident Macron einen hauchdünnen Vorsprung von 0,09% gegenüber dem von Jean-Luc Mélenchon angeführten linken Bündnis NUPES (25,75% zu 25,66%). Der rechte Ressement National unter der Leitung von Marie Le Pen bekam 18,68%. Dem vorausgegangen waren Kämpfe der Gilets Jaunes (Gelbwesten) von November 2018 bis Frühjahr 2019: Eine von Macron zur Finanzierung der Energiewende geplante Steuererhöhung für Diesel und Benzin trieb die kleinen Leute bis in die unteren Mittelschichten auf die Barrikaden. Angesichts des Rückhalts der Bewegung in der Bevölkerung sah sich Macron zum Einlenken gezwungen. Das veränderte Kräfteverhältnis beschränkt jetzt den Handlungsspielraum des neoliberalen Präsidenten.

Jenseits des Rheins wird mit Kopfschütteln auf das traurige Bild verwiesen, das die sich durch interne Querelen blockierende Linkspartei der Öffentlichkeit bietet. Der Autor dieser Zeilen gehört dem Koordinierungsrat der Ökologischen Plattform bei der Bundespartei DIE LINKE in Berlin an und bestätigt aus eigenem Erleben, dass dort die sozialpolitischen Herausforderungen der Energiewende nur wenig präsent sind. Die Mehrheit im KoRat hält es für unmöglich, dass die Erneuerbaren jemals die fossilen Energien ersetzen können. Als öko-sozialistischer Flügel der Degrowth-Bewegung präferiert sie einen viel zu radikalen „Rückbau der Industriegesellschaft“. Abbau der Rüstungsindustrie und der Luxusproduktion wären u.E. ok. Aber mehr ist von Übel: Dank der globalen Industrialisierung wuchs die Menschheit von 780 Millionen im 19. Jahrhundert auf 7,8 Milliarden. Ein „industrieller Rückbau“ würde hunderte Millionen oder gar Milliarden Menschen dem Hungertod preisgeben. Weil die Armen am stärksten betroffen sind, bedürfe es „des Öko-Sozialismus“. Doch es mangelt an konkreten Vorstellungen, wie „der Kapitalismus abzuschaffen“ sei.

1975, als die Erneuerbaren in den Kinderschuhen steckten und niemand ahnte, dass fünf Jahrzehnte später ihr Ausbau das Zeitalter der fossilen Ressourcen würde beenden können, hielt der marxistische Philosoph und DDR-Bürger Wolfgang Harich einen radikalen Rückbau der Industrie aufgrund des Schwindens der fossilen Energien mit Recht für unabweisbar. Im Realsozialismus sah er die Basis für eine humanistische Bewältigung der Deindustrialisierung: Auch im Westen würden dank des ökologischen Problemdrucks kommunistische Revolutionen siegen, worauf eine „kommunistische Weltgesellschaft ohne Wachstum“ entstünde, die durch den Abbau des Luxuskonsums der Wenigen einen wenn auch bescheidenen Wohlstand für alle sichert, durch organisierte Umsiedlungen die erwarteten Flüchtlingsströme kanalisiert und das Bevölkerungswachstum durch soziale Sicherheit und Aufklärung von Frauen im gebärfähigen Alter steuert (W. Harich: „Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der ‚Club of Rome‘“, Reinbek 1975).

Ökologische und soziale Bewegungen verbünden sich in der Vielfachkrise

Die Attraktivität des Neoliberalismus sank schon in den Nullerjahren des 21. Jahrhunderts. Der Immobiliencrash an der Wall Street (Lehman-Pleite am 15.9.2008) läutete die Weltwirtschaftskrise 2.0 ein und mit ihr den „Tod des globalen Minotaurus“ (Y. Varoufakis, er meint den Neoliberalismus). Eine Alternative zum neoliberalen Modell ist bislang noch nicht erkennbar. Linke Autoren ziehen Vergleiche

zu den 1920er Jahren und zitieren Gramsci: „Die Krise besteht gerade in der Tatsache, daß das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: in diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen“ (Quaderni, Heft 3 (1930), § 34). 1930 waren Mussolini und Hitler gemeint. Heute denken wir an Kriegstreiber in den USA wie auch im Kreml, und speziell an Trump. In den Industrieländern des globalen Nordens schwankte das BIP-Wachstum „vor Corona“ um die Ein-Prozent-Marke. Das ist zu wenig, um die Verteilungskonflikte einzudämmen. Trump, Bolsonaro, Orban und Kaczynski wurden von wütenden Arbeitern an die Macht gehievt. Deren rote Fahnen bekamen braune Flecken.

Das Interregnum wurde durch „Occupy Wall Street“ eröffnet. Ihrem raschen Niedergang folgte ein Aufschwung von Anti-Austeritätsbewegungen in Spanien und Griechenland – Varoufakis wurde 2015 für einige Monate Finanzminister. In Italien formierte sich mit dem Movimento Cinque Stelle eine neue, nach links und rechts bündnisoffene Partei. Mehr als zweihunderttausend MOMENTUM-Bewegte traten 2017 der Labour Party bei, um Jeremy Corbyn zu unterstützen. Bernie Sanders, Senator von Vermont, begeistert hunderttausende Jugendliche in den USA für seinen „democratic socialism“. Greta Thunberg setzte sich als fünfzehnjährige Schülerin an einem Freitag im August 2018 vor Schwedens Parlament. Ein mitgeführtes Plakat bekundete ihre Angst vor der Klimaerhitzung. An diesem Funken entzündete sich die weltweite Fridays for Future-Bewegung. Im Folgejahr sahen Süddeutsche und NZZ die „Welt in Aufruhr“: Millionen demonstrierten in vielen Städten und Ländern „gegen korrupte Eliten“ und „soziale Ungleichheit“. Der *Economist* schrieb am 14.2.2019 auf Sanders blickend: „Heute, 30 Jahre danach, ist der Sozialismus wieder in Mode gekommen. ... Der Sozialismus stürmt zurück, weil er eine scharfsinnige Kritik an dem formuliert, was in den westlichen Gesellschaften schiefgelaufen ist“. Das macht das Folgende verstehbarer:

Universität Leipzig, April 2019. Im Audimax versammeln sich 1.300 Studierende zur Gründungskonferenz der Students for Future. Die Plätze reichen nicht aus. Hunderte müssen vor Bildschirmen und Lautsprechern das Geschehen draußen verfolgen. Es herrscht eine Aufbruchsstimmung, die an die 1970er Jahre erinnert. Dem Vortragenden Prof. Klaus Dörre geht der Gaul durch: Er erinnert an seinen Marburger Mentor Wolfgang Abendroth, einen weltberühmten marxistischen Verfassungsrechtler, und schlägt die Sozialisierung großer Konzerne wegen ihrer Blockadehaltung gegenüber den Klimazielen vor. **Artikel 15 GG macht das auf demokratische Weise möglich.** Auf seine Frage ins Publikum: „Wollt ihr das?“ erschallt ein begeistertes „Ja!“ Nachfolgend spricht ein Betriebsratsvorsitzender von den Leipziger Verkehrsbetrieben über die Notwendigkeit eines attraktiven ÖPNV – wissend um mögliche negative Folgen einer kostengünstigen oder gar kostenfreien Mobilität für die Beschäftigten: Lohnkürzungen durch Betriebsteilausgliederungen (Dumpinglöhne) und weiter steigende Arbeitsbelastungen. Ökolog*innen haben die sozialpolitischen Herausforderungen des Wandels viel zu lange ignoriert. Umgekehrt schalten Betriebsräte oft bei Diskussionen über die Mobilitätswende auf stur. Beide Seiten blockieren sich gegenseitig. Jetzt spricht der Betriebsratsvorsitzende die sozialen Herausforderungen offensiv an und schlägt dem Auditorium vor, die Kolleg*innen bei der nächsten Tarifrunde zu unterstützen. Einhellige Zustimmung: **Bei der Tarifrunde 2020 bildeten sich in 25 Städten Solidaritätskomitees und Unterstützerguppen aus der Klimabewegung heraus. Ver.di hatte die Tarifrunde bewusst als Klimaschutzrunde angelegt.**

Erwachendes Selbstbewusstsein einer neuen Klasse von Lohnabhängigen

Die Industrie- und Produktionsarbeiter im engeren Sinn stellen in Deutschland nur noch 16,6 Prozent aller Erwerbstätigen. Seit Jahrzehnten steigt das Qualifikationsniveau des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters: Der Anteil der Schulabschlüsse mit Abitur liegt bei 50%, 22% der Azubis haben Abitur. Daher ist zu vermuten, dass die Angehörigen der Klima- und Umweltbewegungen deutlich offensiver als die vom sozialen Abstieg bedrohten Fraktionen der konventionellen Arbeiterklasse ihre Interessen durchzusetzen trachten. Die Gründungsversammlung der Leipziger Students for Future zeugte von einem erwachenden Klassenbewusstsein der akademischen Lohnabhängigen in spe.

Naturwissenschaftler*innen, Techniker*innen und Ingenieur*innen waren lange in den technischen Detailproblemen ihres Metiers gefangen. Das beginnt sich zu ändern. Sowohl die Zangenkrise als auch die Reglementierung ihrer Arbeit durch Konzerne und Behörden befördern eine Politisierung ihres Fachwissens.



40 Organisationen wollen einen sozialen und ökologischen Neustart im Herbst

„Die Reichen reden über das Ende der Welt, wir haben Angst vor dem Monatsende“. Die Ampel will mit einheitlichem Prozentsatz Reiche wie Arme gleichermaßen „entlasten“. Ein Gaspreisdeckel wäre sozial gerechter. Ein Drittel der Mieter*innen wird im Herbst die saftigen Heizkosten nicht stemmen können. Auch viele Mieten werden steigen. Es wird ein Herbst der sozialen Kälte werden – das macht ihn heiß.

39 Organisationen planen – fachlich durch das IÖW (Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung) betreut - in diesem heißen Herbst einen sozialen und ökologischen Neustart. In einem Zehn-Thesen-Papier sprechen sich Diakonie, NABU, BUND, die Nationale Armutskonferenz und 35 weitere Organisationen für eine naturverträgliche und sozial gerechte Energiewende, Maßnahmen gegen Naturzerstörung und für den Erhalt der Biodiversität, eine Teilhabe aller an umweltschonender Mobilität, eine klimaschonende Landwirtschaft und nachhaltige Arbeitsformen aus (3). Gewerkschaften, Mieterverbände, DER PARITÄTISCHE und die Friedensbewegung sollten unbedingt an Bord sein.

„Zukunftsfähiges Konsumieren und Wohnen muss für alle Menschen möglich sein. So sind Förderprogramme nötig, beispielsweise für energiesparende Geräte, ökologisch wirksame Reparaturen sowie eine bessere Energie- und Wärmeeffizienz von Wohnraum, die besonders Haushalten und Personen mit geringem Einkommen zugutekommen. Hilfen für Familien und Sozialleistungen müssen bedarfsdeckend sein und die Kosten des Klimaschutzes berücksichtigen“ (aus These 6).

Global denken, lokal handeln: Konstanz ist für Plön ein Vorbild

Am 2. Mai 2019 erklärte Konstanz als erste deutsche Stadt den Klimanotstand. Plöns Stadtrat möge es Konstanz gleichtun: Das beantragte im Juni Frau Pracht, eine Eutiner Gymnasiallehrerin mit Plöner Wohnsitz, als bürgerliches Mitglied im Umweltausschuss. Nachdem sie ihren Antrag wegen mangelnder Unterstützung ihrer eigenen Fraktion (CDU) zurückgezogen hatte, brachte unser Verein die Sache ins Rollen. Agenda 2030-Initiative und Linksfraktion übernahmen unsere Resolution. Am 20.9.19 erlebte Plön mit 200 Teilnehmer*innen, von FFF organisiert, eine der größten Demonstrationen der Stadtgeschichte. Nach chaotischem Vorlauf und hitziger Debatte beschloss der Rat am 25.9.2019, „im Rahmen unserer Möglichkeiten zum Klimaschutz beitragen“ zu wollen. Die Stadt stellte einen Klimaschutzmanager ein. Ratsherr Buth (SPD) notierte auf seiner Website: „Den Klimanotstand abgewendet. (...) Auch nach meiner persönlichen Meinung ist die Ausrufung des Klimanotstandes ein symbolpolitischer Akt, FFF, form- frist- und fruchtlos“.

In unserm Offenen Protestbrief („Plön 2035“ Nr. 2) informierten wir die Plöner Öffentlichkeit über die ermutigenden Folgen der Konstanzer Klimanotstandserklärung. Beide Kreisstädte haben konservative Bürger*innen. Konstanz hat zehnmal so viele Einwohner wie Plön, verfügt über eine annähernd vergleichbare Stadtstruktur mit bedeutendem Tourismus und wenig Industrie, hat aber eine Universität mit aktiven Fridays und Students for Future. Es macht einen Unterschied, ob ein ausgebildeter Verwaltungsfachangestellter oder ein Diplom-Forstingenieur (Förster) an der Spitze der Kommunalverwaltung steht. OB Burchardt beauftragte seine Verwaltung, den Klimanotstandsbeschluss vorzubereiten. BM Winter tat das nicht.

Konstanzer OB stritt als „Markenförster“ für nachhaltige Lebensgestaltung: „Ich bin zu arm, um mir Billiges leisten zu können“ (Oscar Wilde)

Der konservative Konstanzer OB Uli Burchardt ist ein ausgebildeter Landwirt, Förster, Marketingberater, Buchautor, Mitglied im CDU-Wirtschaftsausschuss und bei Attac. Als Landwirt sind ihm die Probleme des Landgrabbing vertraut: Branchenfremde Investoren (z.B. Rentenfonds) kaufen Land in Ostdeutschland, Osteuropa und in Drittweltländern - in Erwartung hoher Spekulationsgewinne durch Weiterverkauf, teils um durch Übernutzung der Böden Maximalprofite zu erwirtschaften. Analoges geschieht in wachsenden Städten, in denen wertvolles Bauland der Spekulation anheimfällt, indem seine Eigentümer es nicht nutzen und durch das Brachliegen die Grundstückspreise in exorbitante Höhen treiben. – Als studierter Förster kennt er das 1713 vom damaligen sächsischen Oberberghauptmann und Leiter der Forstbehörde Carl von Carlowitz erlassene Gesetz, das es verbot, mehr Holz für die Abstützung der Grubengänge zu schlagen, als nachwächst. Das Wachstum von Bäumen dauert Jahrzehnte. Das erklärt, warum sich Uli Burchardt 2012 vor seiner Kandidatur zum OB als Marketingberater und Autor des Buches „Ausgegeizt!“ mit SATURN wegen dessen zur Naturzerstörung auffordernden „Geiz ist geil!“-Kampagne anlegte: Die zu Recht negativ gewertete Eigenschaft, geizig und eigensüchtig zu sein, galt plötzlich als erstrebenswertes Verhaltensmuster. Supermärkte und weitere Billigheimer entziehen einer konsumgeilen, gierigen Menschheit auf ihrer ständigen Jagd nach neuen Schnäppchen den Boden, auf dem sie existiert. Niedrigstpreise auf Kosten der Qualität, durch extreme Ausbeutung von Mensch und Natur in Drittweltländern ermöglicht, sollen

zum schnellen Konsum anreizen. Das fördert nicht nur die Wegwerfmentalität, z.B. beim Überhandnehmen von Plastikmüll, sondern entwertet die menschliche Arbeit und verletzt die sozialen Menschenrechte. Wir müssen „*dem Fluch des niedrigen Preises abschwören, ... dem Fluch der niedrigen Kosten den Garaus machen, ... den Fluch der hohen Renditen austreiben, ... den Fluch des mächtigen Mainstreams eindämmen, ... den Fluch der falschen Kundenorientierung bekämpfen und dem Fluch der großen Konzerne die Stirn bieten*“ (U. Burchardt).

Hilft das aber den Armen? Jeder erlebt es im Alltag, dass ein Qualitätsprodukt, das im Einkauf teurer ist als ein Billigding, länger hält, mehr Freude beim Gebrauch macht und im Endeffekt günstiger ist als das Schnäppchen. Erich Fromm hat 1976 mit seinem Buch „Haben oder Sein“ aufgezeigt, dass es alternativ zur entfremdeten Habenmentalität ein konsumbewusstes, sinnerfülltes Leben gibt.

Dieser Logik gemäß sind die erheblichen Realeinkommensverluste des Großteils der Bevölkerung während der letzten vierzig Jahre umzudrehen. Nur durch kräftige Einkommenszuwächse entlang der Arbeitsproduktivität werden die Armen, die auf Discounter angewiesen sind, ihrer Abhängigkeit von den Naturzerstörern entkommen.



Der Bodensee im August 2022

Ob der CDU-Politiker Uli Burchardt Letzteres unterstützt, ist zu bezweifeln. Bei der OB-Wahl 2020 unterlag er im ersten Wahlgang seinem Herausforderer Luigi Pantisano von der LINKEN, der sich auf ein oppositionelles Bündnis von grünen und linken Gruppierungen, Fridays sowie Scientists 4 Future stützte: für gedeckelte Mieten, verkehrsberuhigte Innenstadt + Klimaschutz.

Konstanz will bis 2035 „weitgehend klimaneutral“ sein. Warum?

Der Dürresommer 2018 hinterließ einen tiefen Eindruck: Der Pegel des Bodensees lag einen Meter tiefer als gewöhnlich, überall am Ufer lagen tote Fische. Majestätische Buchen vertrockneten und mussten gefällt werden. Aus den Klima-AGs der Gymnasien entstand die Fridays 4 Future-Gruppe. Am Tag der Europawahl (am 26.5.2019) fanden in Baden-Württemberg auch die Kommunalwahlen statt und das dominierende Wahlkampfthema war die Klimaerhitzung. Die FFF-Aktivist*innen diskutierten mit allen Ratsmitgliedern. OB Burchardt unterstützte sie: Am 2.5.2019 rief Konstanz als erste deutsche Stadt den Klimanotstand aus.

Ausschlaggebend für den Beschluss war die schleppende Umsetzung von „Paris“. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) ermittelte das Deutschland zur Eindämmung der globalen Erhitzung (1,5°C) zustehende THG-Budget: Zu Jahresbeginn 2020 waren es 8,8 Mrd. Tonnen. 2019 emittierte die BRD ca. 900 Mio t. Dem BVerfG-Urteil vom 30.4.2021 entsprechend will die Bundesregierung Deutschlands Emissionen bis 2030 um 7 Mrd. t auf ein Rest-Budget von 1,8 Mrd. absenken (5, 12). Anders als Plön orientiert sich Konstanz daran. Im Jahr 2030 wird das Budget maximal fünf Jahre reichen. Daher das Zieljahr 2035.

Der Vergleich mit Konstanz weckt Zweifel: Wie seriös ist das Plöner Klimaschutzkonzept?

„17 Monate Arbeit, 168 Seiten Ergebnis – Plöns Klimaschutzmanager Sönke Hartmann (31) hat einen Fahrplan aufgestellt, mit dem die Stadt das Klima ein ganzes Stück weit retten will. Hehres Ziel: Bis 2050 möglichst klimaneutral zu sein. 25 Maßnahmen listet Hartmann auf für den Weg dahin“ (Kieler Nachrichten, 23.3.2021). Ausgearbeitet hat ihn das Hamburger Büro OFC Consulting in Kooperation mit S. Hartmann, der Klima-AG des Plöner Stadtrats und Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) hatte schon 2020 das Ziel 2050 als „nicht Paris-kompatibel“ verworfen. Darauf stützte sich das BVerfG am 30.4.21. Das Plöner Konzept erscheint uns aber auch fachlich problematisch. Das beginnt bei seinem Ausgangspunkt, der territorialen Treibhausgas- und Energiebilanz. Sie wurde nach der bundesweit üblichen BSKO-Methode erarbeitet. Anders als in anderen Bundesländern ist in Schleswig-Holstein das „Klima-Navi“ der E.on-Tochter Hansewerk verbreitet. Beide Methoden ergaben zusammen für 2019 einen Plöner Endenergieverbrauch von 224 Gigawattstunden (4, S.23). Bei 9.000 Einwohnern wären dies pro Kopf und Jahr **24,89 MWh**. Der bundesweite Durchschnitt ist mit **30,05 MWh/a** (2.500 TWh/a bei 83,2 Mio Einwohnern) nur geringfügig höher. Das macht stutzig: Plön hat keine Industrie. Auch der Energiebedarf des externen Verkehrs darf nicht in die kommunale Energiebilanz einfließen!

Wir zweifelten die Korrektheit der Berechnung an (5, S.15). Klimaschutzmanager Hartmann schrieb uns auf unsre Anfrage:

„Das Problem/die Herausforderung bei der Bilanzierung mit BSKO haben Sie richtig erkannt. Da es im Klimaschutz aber nicht nur um Zahlen geht, sondern vor allem darum voran zu kommen, haben wir bei der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes nicht den absoluten Fokus auf die Bilanzierung gesetzt, sondern sind pragmatisch vorgegangen und haben uns viel mehr mit den Potenzialen für Klimaschutzmaßnahmen in unserer Stadt beschäftigt. Deshalb auch der relativ kurze Teil zur Bilanz und der deutlich längere Teil zu den Potenzialen. Denn es war von Beginn an klar: Wir müssen in allen Sektoren handeln!“ (Email vom 21.7.2021).

Der Vergleich mit Konstanz bestätigt unsre Zweifel: Die Bodenseestadt publizierte im Februar 2022 ihre Klimaschutz-**Strategie**, kein vages **Konzept**. Mit der Erarbeitung hatte Konstanz das Heidelberger Institut für Energie- und Umweltforschung ifeu beauftragt, also jenes Institut, das die bundesweit gültige BSKO-Methodik entwickelt hatte. Für die 90.000-Einwohner-Stadt bilanzierte ifeu für 2018 einen Endenergieverbrauch von 1.300 GWh: Pro Kopf sind es 14,44 MWh/a (6, S.13). In Plön fast das Doppelte - pro Kopf 24,89 MWh/a? Um „Paris“ einzuhalten, will Konstanz bis 2035 auf 100% Erneuerbare umstellen. Durch die Elektrifizierung von Verkehr und Wärmeversorgung wird der Strombedarf steigen, doch die bessere Energieeffizienz von E-Motoren gegenüber benzin- und dieselgetriebenen Aggregaten wird den Bedarf an Erneuerbaren noch stärker senken. So verbraucht ein heutiger VW-Golf-Benziner 7,8 Liter bzw. 78 kWh auf 100 km. Ein E-Golf braucht für diese Strecke 16 kWh. Analoges gilt für elektrische Wärmepumpen im Vergleich zu Gas- und Ölheizungen. Hinzu kommen weitere Maßnahmen: energetische Gebäudesanierungen sowie eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs zugunsten attraktiver öffentlicher Verkehrsmittel.

„Im Klima-Plus-Szenario sinkt der Endenergieverbrauch 2030 bereits von 1.300 GWh auf unter 900 GWh (-35%), bzw. bis 2035 auf 700 GWh (-46%)“ (6, S. 31). Umgerechnet auf Plöns Bevölkerung (ein Zehntel von Konstanz) wären es 70 GWh/a. Im Unterschied zu Konstanz verfügt Plön über null Industrie. Dies in Rechnung gestellt, ist für Plön eine Reduktion von gegenwärtig 130 GWh/a um 50% auf ca. 65 GWh/a realistisch. Wir ermittelten im Juni 2021 einen Bedarf von 63 GWh/a, produziert durch 100% Erneuerbare im Jahr 2035, damit „Paris“ in Plön eingehalten wird: 18 GWh/a PV-Anlagen (1.000 Dächer + Freiflächen) und 9 Windräder à 5 GWh/a (5, S.15). Weitere Energiequellen, z.B. Erdwärme, die das geplante Nahwärmenetz Plön-Südwest speisen könnte, würden den erneuerbaren Strombedarf von **63 GWh = 7 MWh pro Kopf und Jahr** weiter verringern.



FFF Konstanz zufolge stagniert der PV-Ausbau bei 20% der Jahresquote

Plöns Klimawellen kräuseln. In Konstanz weht ein deutlich schärferer Wind

Über www.Ingo-Buth.de lassen sich die Sitzungen der Plöner Ratsversammlung und diverser Ausschüsse seit dem „abgewendeten Klimanotstand“ gut verfolgen. Auch erwähnen wir gern, dass Ingo Buth, Plöner SPD-Ratsherr und pensionierter Fregattenkapitän der Bundesmarine, auf mehrere Ausgaben unsrer Quartalszeitschrift teilweise kontrovers geantwortet hat. Besten Dank dafür!

Seine Wertungen offenbaren zugleich die Achillesferse der Plöner Klimapolitik: die kleinkrämerische preußische Sparphobie, mit der Zukunftsentwürfe, die andernorts Erfolg haben, im Ansatz abgeschmettert werden. Eine Solar-Offensive wie in Konstanz existiert in Plön nicht: Die Bürger sollen zwar Solaranlagen auf und an ihren Gebäuden installieren und Strom gegen (zurzeit) 8,6 Ct/kWh Einspeisevergütung an die Stadtwerke Plön liefern, selbigen aber zum Normaltarif (über 30 Ct/kWh) beziehen. Durch Eigennutzung ihres Solarstroms werden sie kräftig sparen. Die Einnahmen der Stadtwerke würden sinken. Die Erschließung neuer kommunaler Geschäftsfelder, z.B. Installation, Finanzierung und Betreiben von Solaranlagen, bietet sich zwar an, aber sie fällt dem Rotstift zum Opfer. - Es gibt auch in Plön spannende Aktivitäten, z.B. zur Eindämmung der Plastiktütenmanie in den Supermärkten oder ein gefördertes Pilotprojekt zur Rettung des überdüngten Kleinen Plöner Sees durch Züchtung von Mikroalgen in der Kläranlage. Das ist echtes Neuland. Kostenträchtigere Projekte werden blockiert:

„Das Quartierskonzept wurde bislang in keiner Weise in ausreichendem Maße auf seine betriebswirtschaftlichen Aspekte untersucht. Die einzige verlässliche Zahl ist 875.000 €. Diese 875.000 € müssten mit der Wärmeerzeugung erwirtschaftet werden, um kostendeckend zu arbeiten. (...) Der Bau der Anlagen für die Wärmegewinnung wird zwar mit 10. Mio gefördert, aber alles, was über diese Summe hinausgeht, wird die Stadt tragen müssen. Wir wissen aus der Zeitung auch, dass das Nahwärmenetz in Preetz ursprünglich mit 9,6 Mio € geplant wurde und jetzt bei ca. 16 Mio liegt“ (www.ingo-buth.de, 9.8.2022).

Woher kommt diese kaum nachvollziehbare Zurückhaltung? Am 16.8.22 lag der Strompreis an der Leipziger Börse laut Bloomberg bei 50,2 Ct je kWh. Die Gründe lagen zum einen in den hohen Gaspreisen als Folge der deutschen Embargopolitik gegen Russland, zum anderen an den hohen Temperaturen. Windstrom kostet dagegen laut Fraunhofer ISE (Stand 2021) 4-8 Ct/kWh, Solarstrom 3,5-11 Cent. Plön und seine Einwohner würden von 100% EE mächtig profitieren. ABER:

Finanzschwachen Kommunen droht, dass sie bei einer „Überschuldung“ unter die Finanzaufsicht des Landes gestellt werden. Ihre Klimaschutzaktivitäten hängen maßgeblich von den ordnungsrechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von Bund und Ländern ab. Oft werden sie ausgebremst. Der Druck durch FFF fehlt in Plön: Seit der Demo am 20.9.2019 sind sie nicht mehr präsent.

Auch Konstanz braucht ständigen Druck durch die junge Generation

Angesichts einer drohenden Klimaerhitzung um mehr als 3°C, „wenn es so weiter geht“, werden die Aktivitäten vieler Fridays, Parents und Scientists für die Einhaltung von „Paris“ immer energischer. In Konstanz schwelt ein Konflikt der Fridays mit der Stadt: Die globale Klimaneutralität 2035 läuft nach den neusten Zahlen des Weltklimarats auf eine Erhitzung um 1,75°C hinaus. Um die in Paris beschlossenen 1,5°C einzuhalten, fordert FFF Klimaneutralität schon 2030.

Das Zieljahr 2035 zur Klimaneutralität ist in Deutschland, einem der führenden Industrieländer, angesichts der kriminellen Versäumnisse von neoliberaler Politik und (Fossil-) Konzernen seit 1990 nicht mehr zu realisieren. Die Schwerindustrie (Chemie, Stahl, Zement) wird über 2035 hinaus auf Erdgas angewiesen sein – wann der viel gepriesene „grüne“ Wasserstoff, der Champagner unter den Erneuerbaren, zur Marktreife gelangt, ist ungewiss. Eine CO₂-Entnahme aus der Luft und dessen Speicherung in tiefen Gesteinsschichten sind unvermeidbar. Industriearme Kommunen wie Konstanz oder Plön sollten Klimaneutralität bis 2035 anstreben. Doch selbst wenn der politische Wille bestünde (das bezweifeln wir angesichts der noch nicht überstandenen „Corona“-Krise und der wahnwitzigen Hochrüstung), so fehlen Zehntausende ausgebildete Fachleute: Bauhandwerker und Heizungsinstallateure sowie Solarteure. Der Aufbau deutscher Solar- und Batteriefabriken dauert ebenfalls etliche Jahre. Ein schneller Ausbau dürfte bei einer gleichzeitigen Reaktivierung der neoliberalen „Schuldenbremse“ zu Dumpinglöhnen und weiteren Belastungen der Schwachen führen. Die im Herbst 2022 erwarteten Sozialkämpfe könnten, wie Frankreichs Gelbwesten zeigten, den Klimaschutz noch weiter nach hinten schieben.

Umso wichtiger ist es, auf Konstanz zu schauen, das als erste deutsche Stadt den Klimanotstand ausrief und im Fokus vieler Städte und Gemeinden steht:

„Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die die Zustimmung und Mitarbeit der gesamten Bevölkerung benötigt. Wie schafft die Stadt es, ambitionierten

Klimaschutz zu betreiben und gleichzeitig den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren? Die Maßnahmen zur Eindämmung der Erdüberhitzung erfordern massive Veränderungen in unserer Infrastruktur, unserem Mobilitäts- und Konsumverhalten sowie in unserer Wirtschaftsweise. Transformationsprozesse bedürfen der öffentlichen Auseinandersetzung und müssen von einer großen Mehrheit gestaltet und gewollt sein. Den Menschen muss die Angst vor Veränderung genommen werden. Der Kommune kommt hier eine wichtige Rolle zu: sie kann Diskussionen anstoßen, eigene Maßnahmen zur sozial-ökologischen Transformation umsetzen und Graswurzel-Initiativen vor Ort unterstützen“ (6, S. 7).

Wir empfehlen, die Konstanzer Klimaschutzstrategie - Endfassung vom Februar 2022 (6) und die halbjährlichen Klimaschutzberichte herunterzuladen. Als Kontrast dient die Website der Konstanzer FFF-Gruppe. So erfahren wir, dass auch in der Konstanzer Verwaltung nicht alles rund läuft. Die alten Denk- und Verhaltensmuster halten sich in vielen Köpfen, bei Bürgern und städtischen Angestellten. Der PV-Ausbau verläuft schleppend. Eine zweite Erdgas-Pipeline sollte (darum?) die kontinuierliche Energieversorgung der Stadt sichern. FFF konnte das verhindern. Seit einem Jahr erhöhen sie den Druck durch ein „Klima-Camp“ im Stadtzentrum, das sie so lange betreiben wollen, bis sich die gesamte Stadtverwaltung der Klimaneutralität unterordnet. – Aus Plöner Sicht ist mit Blick auf die nächste Kommunalwahl im Mai 2023 nicht uninteressant, dass ein Politiker der Linkspartei, unterstützt von FFF und Grüner Jugend, im ersten Wahlgang den Konstanzer OB Burchardt klar auf Platz zwei verwies.



Quellennachweis

- 1: https://www.prognos.com/sites/default/files/2022-07/Prognos_KlimawandelfolgenDeutschland_Kurzzusammenfassung_Extremwettersch%C3%A4den%20seit%202018_AP2_3d_.pdf
- 2: [Die ungleiche Verteilung der CO₂-Fußabdrücke der Haushalte in Europa und ihre Verbindung zur Nachhaltigkeit | Globale | für Nachhaltigkeit Cambridge Kern](#)
- 3: <https://www.diakonie.de/pressemedien/zehn-thesen-fuer-einen-sozialen-und-oekologischen-neustart-1>
- 4: [Unser Klimaschutzvorhaben „Plön schlägt Klimawellen“ / Stadt Plön \(ploen.de\)](#)
- 5: „Plön 2035“ Nr. 4
- 6: https://www.konstanz.de/site/Konstanz-Microsites/get/params_E-1476236146/376737/2022-02_Endbericht_Klimaschutzstrategie.pdf

SOZIALÖKOLOGISCHES BÜNDNIS PLÖN

Ich möchte Mitglied werden
zum Monatsbeitrag von 2 €

Name _____

Adresse _____

Fon _____

Email _____

Unter-
schrift _____

Bitte abtrennen und per Post an
Hansjürgen Schulze
Ölmühlenallee 1 (App.1405)
24306 Plön

Who we are

Gründungsmitglieder unseres Vereins

Acht Aktivisten gründeten im Sept. 2017 den gemeinnützigen Verein „Sozialökologisches Bündnis Plön“: Drei von uns schöpfen aus eigenen kommunalpolitischen Erfahrungen als Kreistagsabgeordnete von Plön, Ostholstein und als Ratsherr in Kiel. H. Schulze, der Autor dieser Broschüre, ist Bankkaufmann, Diplompädagoge und Betriebswirt im Unruhestand und u.a. im Koordinierungsrat der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei in Berlin aktiv. Er war kaufmännischer Leiter eines innovativen Berliner Taxiunternehmens mit 170 Mitarbeitern.

Wir sind ein parteiunabhängiger gemeinnütziger eingetragener Verein. Aus § 2 unsrer Satzung: **„Zweck des Vereins ist die Förderung von Erziehung und Volksbildung. Der Zweck soll verwirklicht werden durch die Erarbeitung von gesellschaftspolitischen Ideen und Handlungskonzepten im Sinne der allgemeinen und gleichen Menschenrechte und der freiheitlichen Demokratie auf der Grundlage einer sozialpflichtigen und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsordnung, um damit die Öffentlichkeit zu informieren.“** Wir sind Mitglied in der Plöner Agenda-2030-Initiative und im Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein. Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit ergänzen und stimulieren sich. Die übergroßen Herausforderungen Energiewende, maximales Recycling und Schonung der Ressourcen fordern von uns allen ein Umdenken.

Wir legen hier die siebte Ausgabe unsrer Quartalszeitschrift vor, mit der wir die Entwicklung Plöns zur „Solarcity“ bis 2035 kritisch-konstruktiv begleiten werden.

V. i. S. d. P.: Hansjürgen Schulze, Ölmühlenallee 1, 24306 Plön
Sozialökologisches Bündnis Plön e.V.

Vorstand

Hansjürgen Schulze, Plön * Bernd Jennings, Kiel * Heinz-Joachim Müller, Preetz
<https://sozialoekologisches-buendnis-ploen.de> 04522-508093 hajueschulze43@gmail.com